

Nr. XIX. GP.-NR
120 1J
1994 -12- 0 1

ANFRAGE

der Abgeordneten Mentil
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend

Haftungsübernahme der Kontrollbank für Kredite zugunsten Algeriens

Von der GAATF, einer "Arbeitsgemeinschaft" zwischen SIEMENS und den ÖBB, soll in naher Zukunft das Eisenbahnprojekt OUED TLELLAT – EL AFFROUN in Algerien im Gesamtumfang von 1,5 Mrd. Schilling verwirklicht werden.

Dem Vernehmen nach wird zur Finanzierung dieses Projekts von der österreichischen Kontrollbank eine Haftung in der entsprechenden Höhe in Aussicht gestellt, obwohl seit Monaten bekannt ist, daß Algerien keine Zahlungen mehr leistet und mehrere Forderungen aus früheren ähnlichen Geschäften offen sind.

Es stellt sich die Frage, ob es angesichts der bekannten politischen und wirtschaftlichen Instabilität in Algerien zu verantworten ist, daß der österreichische Steuerzahler für unsichere Milliardenengeschäfte, von denen noch dazu fast ausschließlich ein einzelner internationaler Großkonzern profitiert, haftbar gemacht wird.

Diese Vorgänge zeigen einmal mehr, daß im Dunstkreis des ARE (Austria Rail Engineering) – Syndikats operierende Gesellschaften wie die GAATF durch ministerielle Hilfestellung bei der Anbahnung, Abwicklung und Besicherung internationaler Geschäfte im Bereich der Eisenbahntechnologie massiv bevorzugt werden, wobei das Geschäftsrisiko in aller Regel auf den österreichischen Steuerzahler abgewälzt wird.

Um Auskunft über die Haftungsübernahme für das oben erwähnte Eisenbahnprojekt in Algerien zu erhalten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage

1. Wurden Algerien in den Jahren 1974 bis 1994 von der Republik Österreich Kredite für Eisenbahnprojekte eingeräumt und wenn ja,
 - a. wann konkret wurden diese Kredite eingeräumt und in Anspruch genommen?

- b. in welcher Höhe wurden diese Kredite eingeräumt?
 - c. wurde von Algerien der Zinsdienst jeweils vereinbarungsgemäß erfüllt?
 - d. wurden die Kredite vereinbarungsgemäß getilgt?
2. Wurden in den Jahren 1974 bis 1994 für Projekt in Algerien, an denen österreichische Firmen beteiligt waren (sind), Bundeshaftungen übernommen und wenn ja,
- a. für welche konkreten Projekte?
 - b. in welchen Jahren und in welcher Höhe war dies der Fall?
 - c. in welcher Höhe wurden Haftungen für Algerienprojekte in den Jahren 1974 bis 1994 aufgrund von Zahlungsausfällen schlagend?
3. Ministerialrat Dr. Scholz fungiert als Aufsichtsrat des von einem internationalen Großkonzern dominierten Eisenbahnsyndikats ARE und ist gleichzeitig im für die Vergabe von Krediten und die Übernahme von Bundeshaftungen für Eisenbahnprojekte zuständigen Finanzministerium tätig.

Halten Sie diese beiden Funktionen für vereinbar und können Sie in diesem Zusammenhang ausschließen, daß ein hochrangiger Beamter Ihres Ministeriums Syndikatsinteressen unzulässig unterstützt?